



Stadtverwaltung Pirmasens
Dezernat II, Michael Maas
Postfach 2763

66933 Pirmasens

AfD im Stadtrat Pirmasens
c/o Regina Zipf
Am Häusel 72
66953 Pirmasens

afd@stadtrat-pirmasens.de

23.06.2023

Anfrage AfD im Stadtrat Pirmasens: Gewerbegebiet Husterhöhe

Sehr geehrter Herr Maas,

Auf dem von den Amerikanern besetzten Teil der Husterhöhe sollte nach deren geplanten Abzug ein „interkommunales Gewerbegebiet“ der Städte Pirmasens und Rodalben entstehen. Darüber wurde seit vielen Jahren wiederholt in den städtischen Gremien gesprochen.

Auf mehrfache Nachfragen antwortete der damalige Oberbürgermeister, daß erst mit den konkreten Detailplanungen begonnen werden könne, wenn die Amerikaner das Gebiet tatsächlich frei gegeben hätten. Die Signale seien allerdings positiv, weswegen seitens der Stadt Pirmasens auch schon die ersten Gespräche mit der Stadt Rodalben geführt wurden.

In den bereits anlaufenden Planungen wurde vor Jahren auch schon darüber diskutiert, in welcher Rechtsform die beiden Städte dieses Vorhaben angehen. Vorgesehen war schließlich ein Zweckverband.

In einem Artikel der „Rheinpfalz“ vom 13.6.23 wird nun darüber berichtet, daß die US-Armee das Gelände an die US-Luftwaffe überträgt und die Amerikaner in den letzten Monaten mehrere Millionen dort investiert haben und beabsichtigen, in den nächsten Jahren noch höhere Beträge einzusetzen, um den „Standort Pirmasens“ damit aufzuwerten.

Die Investitionen sollen der US-Luftwaffe etwa dabei helfen, „schnell und effektiv Feldflugplätze in entlegenen Gebieten einzurichten“. Außerdem sollen damit die Verbündeten unterstützt und die „Gastländer“ bei der Versorgung der US-Streitkräfte im Krisenfall entlastet werden. Im Zuge des Ausbaus des Standortes sollen auch vereinzelt Arbeitsplätze für Einheimische entstehen.

Die Leitung der Ramsteiner Air Base hat dem Artikel zufolge vor kurzem verschiedene deutsche Politiker empfangen und über das Vorhaben „in Kenntnis gesetzt“. Es wurde u.a. erläutert, welchen „strategischen Wert“ die Anlage für die US-Luftwaffe und die „globale Sicherheit“ habe.

Danach durfte der Pirmasenser Oberbürgermeister in einer Pressemitteilung die Sachlage schönreden und erklären, wie „dankbar“ er doch sei, überhaupt von den Amerikanern informiert worden zu sein. Er sprach wörtlich von einem „Schulterschluss“ und einer „langjährigen Partnerschaft“, die es aufrecht zu erhalten gelte. Desweiteren hoffe er darauf, daß das Projekt auf der Husterhöhe sowohl für die Amerikaner als auch für die Pirmasenser von beiderseitigem Nutzen sein werde.

Über das damit einhergehende endgültige Scheitern des geplanten „interkommunalen Gewerbegebietes“ verlor er hingegen kein Wort.

In einem Kommentar zum Artikel verwies der Mitarbeiter der „Rheinpfalz“ jedoch exakt auf diese Thematik und stellte richtigerweise fest, daß die Vorteile für die Pirmasenser durch den Ausbau des US-Standortes gar nichts seien im Vergleich zu dem, was durch das geplante Gewerbegebiet möglich gewesen wäre.

Er stellte ebenso klar, daß letztlich die Amerikaner alleine entschieden hätten und den hiesigen Politikern jetzt lediglich noch bleibe, „gute Miene zum bösen Spiel“ zu machen.

In einem weiteren Artikel in der gleichen Zeitung war am nächsten Tag zu lesen, daß die ISB (Investitions- und Strukturbank) im Jahr 2022 sowohl private wie auch gewerbliche Kunden in der Stadt Pirmasens mit insgesamt 14,6 Millionen € gefördert habe. Es ging hierbei vor allem um den Bereich der „Wirtschafts- und sozialen Wohnraumförderung“.

Der Oberbürgermeister erklärte hierzu, daß die Höhe der Fördergelder für ihn ein deutliches Signal sei, daß Pirmasens ein attraktiver Wirtschaftsstandort sei, in den es sich zu investieren lohne. Dies zeigten zudem auch die „hohen Belegungsquoten in den Gewerbegebieten“ sowie die „hohe Nachfrage an zusätzlichen Flächen zur Erweiterung und Neuansiedlung“.

Aufgrund dieses Sachverhaltes fragen wir die Verwaltung:

1. Wann und in welcher konkreten Form hat die Verwaltung von den „Entscheidungen“ der Amerikaner erstmals Kenntnis bekommen?
2. Hat die Verwaltung irgendwelche Vorstöße getätigt, um die Amerikaner in dieser Angelegenheit zu einem Umdenken zu bewegen?
3. Kann die Verwaltung in etwa beziffern, welche Verluste der Stadt Pirmasens nach dem Wegfall des geplanten „interkommunalen Gewerbegebietes“ jetzt entstehen?
(Etwa hinsichtlich der Größe der jetzt nicht nutzbaren Fläche sowie der geplanten Anzahl der dort anvisierten Unternehmen und Arbeitsplätze und der Gewerbesteuer, welche bei der betreffenden Größenordnung zu erwarten gewesen wäre.)
4. Sieht die Verwaltung eine konkrete Gefahr für die Sicherheit der Stadt Pirmasens durch die massive Ausweitung der militärischen Präsenz der Amerikaner auf der Husterhöhe?
(Da die Amerikaner auch von Pirmasens aus ihre weltweiten militärischen „Aktionen“ betreiben, wäre bei „Vergeltungsaktionen“ der jeweils Angegriffenen damit zu rechnen, daß auch unsere Stadt als amerikanischer Stützpunkt zum Ziel wird.)
5. Welche „Verpflichtungen“ hat nach Kenntnis der Verwaltung die Stadt Pirmasens im „Krisenfall“ gegenüber den Amerikanern und wie sind solche „Krisenfälle“ konkret definiert?
6. Kann bzw. darf die Verwaltung Angaben darüber machen, welche Informationen sie von den Amerikanern bezüglich des „strategischen Wertes“ der Anlage auf der Husterhöhe für die „globale Sicherheit“ erhalten hat?
7. Gab es seitens der Amerikaner Informationen darüber, in welcher Größenordnung künftig Arbeitsplätze für Einheimische zur Verfügung gestellt werden sollen und um welche Art von Arbeitsplätzen (Vollzeit oder Teilzeit) es sich hierbei handelt?
8. Einmal abgesehen von den nun anstehenden Baumaßnahmen, die irgendwann abgeschlossen sein werden. Welchen konkreten langfristigen Nutzen verspricht sich die Verwaltung von den amerikanischen Investitionen für die Stadt Pirmasens?
9. Kommen im Zuge des anstehenden Ausbaues des amerikanischen Standortes auf der Husterhöhe auch Kosten auf die Stadt Pirmasens zu? Wenn ja, in welchen Bereichen und in welcher Größenordnung?
10. Gibt es auf dem Gebiet der Stadt Pirmasens noch weitere Flächen oder Areale, bei denen die Verwaltung auf das „Wohlwollen“ oder die „Erlaubnis“ anderer angewiesen ist, wenn sie dort eigene Planungen anstellen möchte?
Wenn ja, welche sind dies und wer hat dort das sagen?



11. Nachdem der Oberbürgermeister erklärt hat, daß es in Pirmasens bereits „hohe Belegungsquoten in den Gewerbegebieten“ gibt und weiterhin eine „hohe Nachfrage an zusätzlichen Flächen zur Erweiterung und Neuansiedlung“ vorhanden sei, stellt sich die Frage, wie und wo nach dem nun endgültigen Wegfall des geplanten „interkommunalen Gewerbegebietes“ auf der Husterhöhe Ersatz geschaffen werden soll? Welche Flächen stehen noch zur Verfügung?
Wir bitten um schriftliche Beantwortung

Mit freundlichen Grüßen
AfD im Stadtrat Pirmasens